

Syrien – Ein Jahrzehnt Krieg

Seit zehn Jahren unterstützen die EU und die USA einen Krieg zum Sturz der syrischen Regierung, lamentieren über das Leid der Menschen, und unternehmen alles, um es nicht zu beenden



Söldner der »Freien Syrischen Armee« im Oktober 2012 in Aleppo (Archivfoto: Javier Manzano/AFP)

Mit Protesten in einigen Städten begann im März 2011 in Syrien ein Aufstand, der im gleichen Monat gewaltsam eskalierte. Vergeblich rief die innersyrische Opposition auf, nicht zu den Waffen zu greifen sondern den Dialog mit der Regierung zu suchen. Im Juli 2011 trafen sich 150 syrische Oppositionelle in Damaskus und formulierten gegenüber der Regierung drei Forderungen: Kein Militär in Wohngebieten, Freilassung von Gefangenen, Dialog. Zeitgleich wurde in der Türkei die »Freie Syrische Armee« gegründet, die vom Ausland aus bewaffnet nach Syrien in den Krieg zog.

Die Ereignisse und das folgende Kriegsgeschehen wurden von »sozialen Medien« der syrischen Auslandsopposition, den Sendern »Al Jazeera« und »Al Arabiya« befeuert und von großen westlichen Agenturen und Medienhäusern in alle Welt verbreitet. Den Medien folgten die Kämpfer gegen die Regierung, dann rückten ausländische Truppen ein. Rußland und der Iran unterstützten die syrische Regierung. Die Türkei und die von den USA geführte internationale »Anti-IS-Allianz« unterstützten die Regierungsgegner, die sie bewaffneten und ausbildeten.

Das Leid der Menschen

Zehn Jahre später rückt das kriegszerstörte Land erneut in den Blickpunkt. Politiker zeigen sich mit diversen Hilfsorganisationen, sprechen über das Leid der Menschen, über die Notwendigkeit zu helfen und mahnen Spenden an. Die syrische, zumeist im Ausland lebende Opposition zeigt weiter mit dem Finger auf die Regierung in Damaskus und wird dafür vom westlichen Ausland unterstützt.

Politische Lösungsansätze und Angebote für Dialog stagnieren. Teile Syriens im Norden werden von der Türkei und Truppen der USA-geführten »Anti-IS-Allianz« besetzt gehalten. Dort jeweils operierende lokale Regierungsgegner – Dschihadisten im Nordwesten und Kurden im Nordosten – etablieren mit ausländischer Hilfe und Geld neue politische und wirtschaftliche Strukturen. Syrien wird der Zugang zu den nationalen Ressourcen Öl, Gas, Weizen, Baumwolle, Wasser verwehrt.

Etwa 6,5 Millionen Menschen haben Syrien verlassen. Die meisten von ihnen leben seit Jahren als Flüchtlinge in Lagern in den Nachbar-

ländern. Rund 1 Millionen Menschen, darunter große Teile der technischen und medizinischen Bildungselite, konnten nach Europa, vor allem nach Deutschland gelangen. Diejenigen, die bis heute in ihrer Heimat oder in Flüchtlingslagern in den Nachbarländern leben, werden täglich daran erinnert, was sie verloren haben.

Hilfsorganisationen: politisch hilflos...

Peter Maurer, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), wies auf die schwierige humanitäre Lage in Syrien hin, die durch eine schwere Wirtschaftskrise verschärft werde. Hinzu komme die Corona-Pandemie, die das Land weiter isoliere. Die Bevölkerung zahle den Preis für einen fehlenden politischen Durchbruch. »Wir brauchen eine politische Lösung für den Konflikt«, sagte Maurer, der Syrien in der kommenden Woche besuchen wird. »Die Syrer können sich kein weiteres Jahr wie dieses leisten, geschweige denn weitere zehn Jahre.«

Die regierungsnahе deutsche Welthungerhilfe, die im Dezember 1962 vom damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke gegründet worden war, veröffentlichte unter dem Stichwort »Syrien 10 Jahre Krieg« einen Videoclip über die Lage der Kinder: »Eine ganze Generation wächst in Trümmern auf«, so der Titel der Zeitlupenaufnahmen auf der Webseite der Organisation. Nicht zu übersehen ist der Button »Ihre Spende zählt«, mit der die Öffentlichkeit gemahnt wird: »43 Euro für ein Hygienepaket, 100 Euro versorgen 1.000 Menschen mit dem täglichen Brot, 200 Euro helfen dabei, einen ‚schützenden Raum‘ für 500 Frauen und Kinder zu betreiben.«



Während Einheiten der USA-Armee widerrechtlich Teile syrischen Staatsgebiets okkupieren, bedrohen ihre Kriegsflugzeuge das Land aus der Luft und fliegen Angriffe wie am 26. Februar 2021 (Archivfoto: US AIR FORCE/AFP)

...politisch instrumentalisiert

Ein Mitarbeiter der Welthungerhilfe hatte kürzlich ein Flüchtlingslager in Azaz besucht und berichtete darüber in zahlreichen Medien. Azaz ist ein syrischer Ort und liegt nördlich von Aleppo, etwa 10 Kilometer von der syrisch-türkischen Grenze entfernt. Azaz wird von der Türkei und von Einheiten der ehemaligen »Freien Syrischen Armee« kontrolliert, die sich heute »Nationale Syrische Armee« nennt. Ursprüngliche Bewohner des Ortes berichteten der Autorin im Januar 2020 in Aleppo, daß Familienangehörige in Azaz geblieben seien, um Haus und Felder zu behalten. Sie würden gezwungen, ihre Produkte auf den Märkten in der Türkei zu verkaufen und nicht in Aleppo, wie sie es immer getan hatten.

Azaz gilt als Basis der vom Westen unterstützten, selbst ernannten »Syrischen Exilregierung«, und die deutsche Welthungerhilfe kooperiert dort u.a. mit IHSAN Relief & Development. Die der syrischen Opposition nahestehende Organisation versteht sich als »Service-Organisation« für fremd finanzierte Hilfe und Entwicklung und ist nach eigenen Angaben in Gebieten im Nordwesten Syriens und in Deraa aktiv, die von bewaffneten Regierungsgegnern kontrolliert werden.

Um die Lage für die Bevölkerung zu verbessern, verwies der Syrien-Koordinator der Welthungerhilfe auf die fünfte EU-Geberkonferenz »Unterstützung für die Zukunft von Syrien und der Region«, bei der Ende März Geld eingeworben werden soll, um die Arbeit von Hilfsorganisationen in und um Syrien herum weiter zu finanzieren. Wichtig sei darüber hinaus, erklärte er, daß »die grenzüberschreitende humanitäre Hilfe« nach Syrien fortgesetzt und möglichst ausgebaut werde. Darüber entscheidet der UNO-Sicherheitsrat im Juni.

Niemand soll ein Leben lang Flüchtling sein

Syriens legitime Regierung spricht sich gegen diese Absicht aus und will alle Hilfe innerhalb von Syrien in alle Regionen verteilen. Zudem fordert das Land Unterstützung – oder zumindest ein Ende der Behinderungen beim Wiederaufbau. Doch die EU und die USA lehnen das ab, weil sie damit an Einfluß in Syrien und in der Region ver-

lieren würden. Das Geschäft mit der Hilfe drängt notwendige langfristige politische Lösungen in den Hintergrund. Die Auswirkungen der einseitigen EU- und US-Sanktionen gegen Syrien sind kein Thema, obwohl UNO-Offizielle immer wieder die verheerenden Folgen anprangern.

Für Tausende Mitarbeiter nationaler und internationaler Hilfsorganisationen in und rund um das kriegszerstörte Syrien ist wichtig, daß ihre Projekte finanziert werden und ihre Gehälter dazu. Viele scheinen vergessen zu haben, daß das Ziel ihrer Arbeit nicht die behelfsmäßige Versorgung von Menschen in unerträglichen Unterkünften ist, sondern die Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimat.

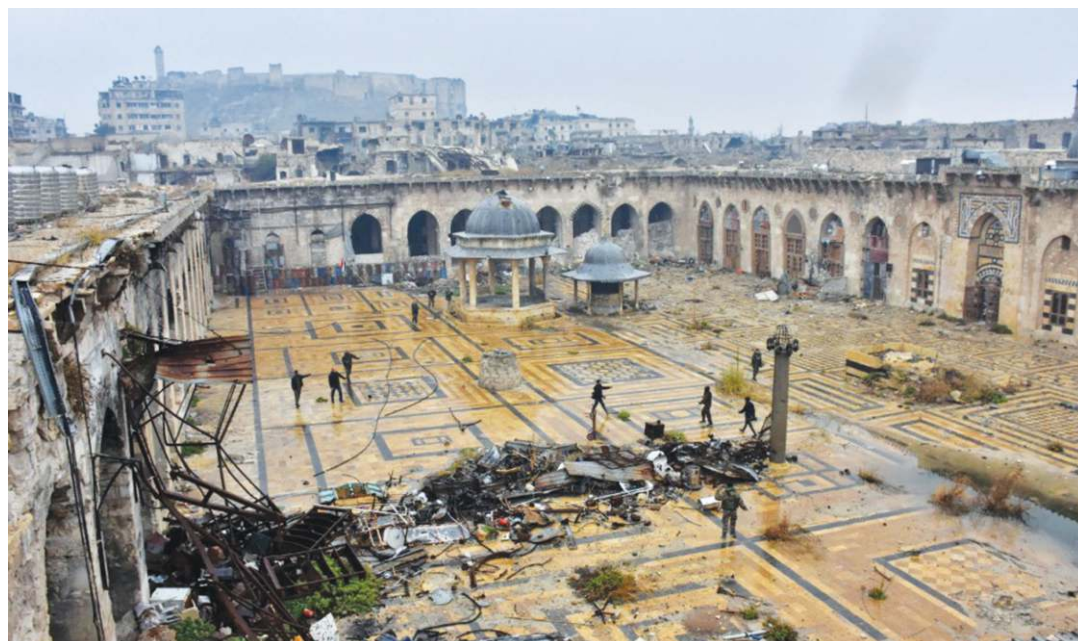
Humanitäre Hilfe kann nur vorübergehend sein, erläuterte die Mitarbeiterin einer gro-

und signalisierte keinerlei Gesprächsbereitschaft. Nicht mit Rußland oder dem Iran, geschweige denn mit Syrien. Nur zwei Monate nach dem Tod von Außenminister Walid Mou'alem im November 2020 wurde dessen Nachfolger Außenminister Feisal Mekdad auf die Sanktionsliste der EU gesetzt. 289 Personen und 70 Unternehmen und Organisationen umfaßt die EU-Sanktionsliste gegen Syrien. Entspannungspolitik sieht anders aus.

Die USA im Bündnis mit der kurdisch dominierten Selbstverwaltung im Nordosten des Landes sichern nicht nur die Plünderung von Öl-, Weizen-, Baumwoll- und Wasserressourcen Syriens – Washington weitete die Drohung von Sanktionen mit dem »Caesar-Gesetz« weit über Syrien auf alle diejenigen aus,

ihren Verbündeten bauen eine Front gegen den Iran. Die Armeeminister der NATO beschlossen Ende Februar, die NATO-»Mission« im Irak von 500 auf 4.000 fast zu verzehnfachen. Massive Aufrüstung der arabischen Golfstaaten, Jordanien und Israel sprechen eine eigene Sprache.

Nach zehn Jahren Krieg in Syrien sind die geopolitischen Ziele klar. Die noch unter der Trump-Administration getroffene Entscheidung, Israel in den Bereich des USA-Zentralkommandos einzubeziehen, ist für die israelischen Aggressoren geradezu ein Ritter Schlag. Schon lange war darüber nachgedacht worden, unter israelischer Führung eine »neue NATO« mit den arabischen Golfmonarchien aufzubauen.



Die Umayyad-Moschee in Aleppo nach der Befreiung der Stadt durch Einheiten der syrischen Regierungstruppen am 13. Dezember 2016 (Archivfoto: George OURFALIAN/AFP)

ßen UNO-Organisation, die namentlich nicht genannt werden wollte. Im Gespräch mit der Autorin in Damaskus im September 2020 sagte sie, Ziel müsse sein, daß die Menschen in ihrer Heimat wieder Arbeit, Wohnung, gesundheitliche Versorgung, Schule und Ausbildung, Sicherheit und Glück finden könnten. Niemand wolle und solle sein Leben lang von Hilfspaketen abhängig sein und in Zelten leben.

Keine Entspannungspolitik für Syrien

Während sich die wirtschaftliche Lage in Syrien 2020 weiter verschlechtert hat, verlängerte die EU ihre einseitigen Wirtschaftssanktionen gegen das Land erneut

die mit Syrien als Staat, Unternehmen oder Einzelperson Geschäfte machen. Nicht betroffen davon sind Staaten, die wie Deutschland sogenannte »Stabilisierungsprojekte« in den von der Türkei besetzten Gebieten um Azaz oder in Idlib finanzieren, oder die wie Japan kürzlich Millionen US-Dollar an einen Oppositionsfonds »zur Stabilisierung« im Nordosten Syriens überwiesen.

Kalter Krieg und geostrategische Interessen

Mit dem Ausbau illegaler Militärbasen auf syrischem Territorium signalisieren die USA, daß sie nicht vorhaben, Syrien und die Region bald zu verlassen. Unterstrichen wurde das kürzlich durch die Luftangriffe von USA-Kampffjets auf irakische Sicherheitskräfte auf der syrischen Seite des Grenzübergangs Al Bukamal, der Syrien und den Irak verbindet. Es handelt sich um den einzigen Grenzübergang, über den syrische Händler derzeit ihre Waren in den Irak und von dort auch weiter in die Golfstaaten transportieren können: Textilien aus Aleppo, Zitrusfrüchte aus der Küstenregion oder Gemüse aus Deraa. Der direktere Grenzübergang zwischen Syrien und Irak Al Tanf/Al Walid wird von einer illegalen USA-Militärbasis versperrt.

Die USA und die EU mit

EU markiert ihre Interessen

Die EU und Deutschland machen aus ihrem geostrategischen Anspruch in der »südlichen Nachbarschaft« keinen Hehl, und so werden politische und finanzielle Ressourcen nicht in Entschuldung und in Stärkung der schwer angeschlagenen Ökonomien im Irak, Syrien, Libanon und Jordanien gesteckt, sondern in den militärischen Ausbau eigener und verbündeter Kräfte in der Region. Für die Bevölkerung bleiben bestenfalls (Hilfs-)Projekte der zivilmilitärischen Zusammenarbeit – ein Zelt, ein Hygienepaket, um die geostrategischen Ziele abzusichern.

Ein Konzept für Dialog und Versöhnung, wie es seit 2017 die Astana-Initiative von Rußland, Iran und Türkei versucht, gibt es weder in der EU noch in den USA. Bei der Astana-Initiative sind zwei der verfeindeten Seiten in Syrien – die syrische Regierung und ein Bündnis der islamischen Regierungsgegner – im Gespräch und werden vom UNO-Sonderbeauftragten für Syrien Geir O. Pedersen und vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz unterstützt. USA und EU boykottieren den Astana-Prozeß, weil sie mit der Region andere Pläne haben. Die Menschen, die dort leben, werden nicht gefragt.

Karin Leukefeld